

## Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 16. September 1981

### Verzeichnis der Fragesteller

| <i>Abgeordneter</i>                     | <i>Nummer<br/>der Frage</i> | <i>Abgeordneter</i>                                  | <i>Nummer<br/>der Frage</i> |
|---|-----------------------------|--|-----------------------------|
| Bamberg (SPD) . . . . .                 | 21, 22                      | Dr. Kübler (SPD) . . . . .                           | 18, 19                      |
| Biehle (CDU/CSU) . . . . .              | 32, 71                      | Lenzer (CDU/CSU) . . . . .                           | 83, 84                      |
| Böhm (Melsungen) (CDU/CSU) . . . . .    | 67, 68                      | Linsmeier (CDU/CSU) . . . . .                        | 75, 76                      |
| Bohl (CDU/CSU) . . . . .                | 23                          | Löffler (SPD) . . . . .                              | 9, 17                       |
| Catenhusen (SPD) . . . . .              | 87, 88                      | Louven (CDU/CSU) . . . . .                           | 28, 29                      |
| Conradi (SPD) . . . . .                 | 60, 61                      | Meininghaus (SPD) . . . . .                          | 38, 39                      |
| Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD) . . . . . | 50                          | Dr. Mertens (Bottrop) (SPD) . . . . .                | 72, 73                      |
| Dr. Diederich (Berlin) (SPD) . . . . .  | 49                          | Metz (CDU/CSU) . . . . .                             | 4, 5                        |
| Echternach (CDU/CSU) . . . . .          | 74                          | Milz (CDU/CSU) . . . . .                             | 79, 80                      |
| Eigen (CDU/CSU) . . . . .               | 42, 64                      | Müller (Schweinfurt) (SPD) . . . . .                 | 65, 66                      |
| Dr. Enders (SPD) . . . . .              | 56, 57                      | Müller (Wesseling) (CDU/CSU) . . . . .               | 89, 90                      |
| Dr. Friedmann (CDU/CSU) . . . . .       | 47, 48                      | Niegel (CDU/CSU) . . . . .                           | 81, 82                      |
| Frau Geiger (CDU/CSU) . . . . .         | 24, 25                      | Peter (Kassel) (SPD) . . . . .                       | 34                          |
| Gerlach (Obernau) (CDU/CSU) . . . . .   | 20                          | Poß (SPD) . . . . .                                  | 33                          |
| Hansen (SPD) . . . . .                  | 8, 58                       | Sielaff (SPD) . . . . .                              | 59                          |
| Hauser (Krefeld) (CDU/CSU) . . . . .    | 26, 27                      | Frau Simonis (SPD) . . . . .                         | 37, 63                      |
| Dr. Hennig (CDU/CSU) . . . . .          | 13, 14                      | Dr. Freiher Spies von Büllenheim (CDU/CSU) . . . . . | 15, 16                      |
| Herberholz (SPD) . . . . .              | 85, 86                      | Stutzer (CDU/CSU) . . . . .                          | 40, 41                      |
| Horstmeier (CDU/CSU) . . . . .          | 51, 52                      | Susset (CDU/CSU) . . . . .                           | 43                          |
| Frau Hürland (CDU/CSU) . . . . .        | 30, 31                      | Thüsing (SPD) . . . . .                              | 1, 12                       |
| Dr. Hupka (CDU/CSU) . . . . .           | 6, 7                        | Tietjen (SPD) . . . . .                              | 69, 70                      |
| Jäger (Wangen) (CDU/CSU) . . . . .      | 10, 11                      | Urbaniak (SPD) . . . . .                             | 45, 46                      |
| Jung (Kandel) (FDP) . . . . .           | 53                          | Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU) . . . . .           | 2, 3                        |
| Jungmann (SPD) . . . . .                | 35, 36                      | Wimmer (Neuss) (CDU/CSU) . . . . .                   | 54, 55                      |
| Kolb (CDU/CSU) . . . . .                | 77, 78                      | Zeitler (SPD) . . . . .                              | 44                          |
| Kroll-Schlüter (CDU/CSU) . . . . .      | 62                          |  |                             |

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

|   | Seite |
|---|-------|
| Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche<br>Zusammenarbeit . . . . .        | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .                          | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .                              | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .                                   | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .                                   | 6     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .                                 | 6     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .                               | 7     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft<br>und Forsten . . . . . | 8     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .                         | 9     |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .                             | 10    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und<br>Gesundheit . . . . .        | 12    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .                                  | 12    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde-<br>wesen . . . . .        | 13    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen<br>und Städtebau . . . . .   | 14    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .                        | 14    |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .                         | 15    |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

1. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sich an dem von den Vereinigten Staaten konzipierten sogenannten Mini-Marshall-Plan für die Karibik und Mittelamerika zu beteiligen, und wenn ja, stimmt sie mit der US-Regierung darin überein, daß von der vorgesehenen Wirtschaftshilfe die Staaten Nicaragua und Grenada ausgeschlossen werden?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

2. Abgeordneter  
**Graf von Waldburg-Zeil**  
(CDU/CSU) Welche Beträge hat die Bundesregierung für das im Auftrag der Abteilung V des Bundeskanzleramtes in der Zeit vom Mai 1979 bis April 1980 durchgeführte Forschungsprojekt über rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, bekannt als Sinus-Studie, gezahlt, und wie wurden in den Werksverträgen die Urheberrechte im Hinblick auf die Veröffentlichung der Studie bei ro-ro-ro im August 1981 unter dem Titel „fünf Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben“ geregelt?
3. Abgeordneter  
**Graf von Waldburg-Zeil**  
(CDU/CSU) Wurden bei der Annahme der Sinus-Studie über „rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland“ Überprüfungen der wissenschaftlichen Qualität der Arbeit vorgenommen, und wenn ja, durch wen?
4. Abgeordneter  
**Metz**  
(CDU/CSU) Hatte der Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Staatssekretär Bölling, den Auftrag, Herrn Bahr bei seinen Gesprächen in Ost-Berlin zu begleiten?
5. Abgeordneter  
**Metz**  
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Staatssekretär Bölling, an Gesprächen, die Herr Bahr unter anderem mit SED-Chef Honecker in Ost-Berlin geführt hat, nicht oder nicht ständig teilgenommen hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

6. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Welche Auskunft wurde dem Bundesaußenminister nach der Erörterung der Störung deutscher und anderer Sendungen durch den bulgarischen Rundfunk während seines Aufenthaltes in Sofia erteilt?
7. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der Stellungnahme des Bundeskanzlers zum Problem der Ausreise und Familienzusammenführung der Deutschen aus der Sowjetunion vom 3. Juli 1980 im Deutschen Bundestag, daß „die sowjetische Seite diese Anliegen wohlwollend prüfen wird“, und der Tatsache, daß immer weniger Deutsche die Erlaubnis zur Ausreise aus der Sowjetunion erhalten?

8. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD) Auf welche Weise stellt die Bundesregierung die Beachtung der Erklärung von „Radio Free Europe/ Radio Liberty Inc.“ aus dem Jahr 1978 sicher, wonach die US-Sender sich „der Unterstützung oder Förderung politischer Bestrebungen enthalten, die nach Ansicht der Bundesregierung mit den grundsätzlichen Zielen ihrer Politik nicht im Einklang stehen“, und welche Regulative sind für den Fall von Verstößen vorgesehen?
9. Abgeordneter  
**Löffler**  
(SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verfolgung von Anhängern der Baha'i im Iran, und welche Haltung nimmt sie dazu ein?
10. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Welche konkreten Vorschläge hat die Bundesregierung auf Grund des Beschlusses des Deutschen Bundestages zu einem verbesserten Schutz der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen (Drucksache 8/4288) in welchen Organisationen oder Gremien der Vereinten Nation eingebracht, und welches ist der Stand der Beratungen über diese Initiativen?
11. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Manöver der Warschauer – Pakt – Streitkräfte in und um Polen als eine im Widerspruch zu Prinzip II der KSZE – Schlußakte stehende Gewaltmanifestation bei der nächsten Zusammenkunft der Delegation des KSZE Folgetreffens in Madrid zur Sprache zu bringen und die beteiligten Staaten des Warschauer Pakts zur sofortigen Beendigung der friedensbedrohenden Charakter tragenden Manöver aufzufordern?
12. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, wie die Regierungen von Frankreich und Mexiko sowie Jugoslawien, die „Revolutionäre Demokratische Front“ (FDR) und die „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti“ (FMLN) von El Salvador als die repräsentative politische Kraft anzuerkennen, die den legitimen Anspruch hat, an Verhandlungen über eine politische Lösung des Konflikts in dem mittelamerikanischen Staat mitzuwirken?
13. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, bisher noch nicht wieder einen Botschafter nach El Salvador zu schicken, und woran liegt es, daß die Sicherheitslage in der Hauptstadt dieses Landes von wichtigen Verbündeten, wie z. B. Italien, offensichtlich anders beurteilt wird?
14. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Begrüßt es die Bundesregierung, daß in sechs Monaten Wahlen in El Salvador stattfinden, und was kann sie tun, um diesen Wahlprozeß zu unterstützen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

15. Abgeordneter  
**Dr. Freiherr Spies von Büllesheim**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für gerechtfertigt, daß Bauwillige, die zum Zwecke des Baus eines Eigenheims in einem Baugebiet ein Grundstück erworben, kostenträchtige Bauvorbereitungen getroffen und den Bauantrag gestellt hatten, keine Erstat-

- tung für bauliche Schallschutzmaßnahmen erhalten, obwohl sie weder die Abgrenzung eines Lärmschutzbereichs noch den Zeitpunkt der Bekanntmachung voraussehen konnten und alle anderen Bewohner der Lärmschutzzone I die Erstattung erhalten?
16. Abgeordneter  
**Dr. Freiherr Spies von Büllenheim**  
(CDU/CSU) Ist es nach dem Fluglärmgesetz zwingend, daß Bauherren, deren Baugenehmigung zur Errichtung eines Eigenheims in der Lärmschutzzone I (zufällig) erst nach der Bekanntmachung über die Festsetzung der Lärmschutzzonen erteilt worden ist, keinen Anspruch auf Erstattung von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen haben, und wird die Bundesregierung bejahendenfalls eine entsprechende gesetzgeberische Initiative ergreifen?
17. Abgeordneter  
**Löffler**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele verfolgte Anhänger der Baha'i Religion in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl nachgesucht haben?
18. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD) Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt zum Betrieb der Kompaktlager in Block A und Block B des Kernkraftwerks Biblis für andere in Betrieb befindliche Kernkraftwerke?
19. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung für eine Übergangszeit eine entsprechende Gesetzesänderung, die es gesetzlich ermöglicht, eine Kompaktlagerung für einen längeren Zeitraum zuzulassen, bis Zwischenlager eingerichtet sind, und muß diese Gesetzesänderung nicht sofort erfolgen, um Stilllegungen zu vermeiden?
20. Abgeordneter  
**Gerlach**  
(Obernau)  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Überwachung von Vereinigungen extremistischer Türken wegen der für die Beobachter von den Beobachteten ausgehenden Gefahren so schwierig ist, daß den von Mitgliedern der Vereinigungen verübten strafbaren Handlungen nur unzureichend vorgebeugt werden kann, und welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls aus dieser Situation zu ziehen?
21. Abgeordneter  
**Bamberg**  
(SPD) Nimmt die Sportförderung durch die Bundesregierung darauf Rücksicht, daß die verschiedenen Sportarten durch die Fernsehanstalten derart ungleich behandelt werden, daß bei Fußballspielen und anderen Sportarten die Trikotwerbung zugelassen wird, hingegen beim Eishockeysport dieselbe Trikotwerbung als Grund für die generelle Nichtübertragung gilt?
22. Abgeordneter  
**Bamberg**  
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das Waffengesetz erst 1979 dahin gehend geändert wurde, daß jeder private Bürger in der Bundesrepublik Deutschland Geschosse und sonstige Gegenstände mit dem Reizstoff CS erwerben kann, und wenn ja, auf Grund welcher Initiative wurde das Waffengesetz dahin gehend geändert?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

23. Abgeordneter  
**Bohl**  
(CDU/CSU)      Welchen finanziellen, personellen und sächlichen Aufwand erfordert insgesamt das vom Bundesjustizminister veranstaltete Forum „Alternativen zum zivilen Justizverfahren“?
24. Abgeordnete  
**Frau Geiger**  
(CDU/CSU)      Hat die Bundesregierung genaue Erkenntnisse über die Anzahl und Arbeitsweise sogenannter unechter Verbraucherschutzvereine (Gebührenabmahnungsvereine), die oft wegen geringfügiger Verstöße gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb bei Gewerbetreibenden per Einschreiben Gebühren abmahnen?
25. Abgeordnete  
**Frau Geiger**  
(CDU/CSU)      Ist beabsichtigt, die Gesetzeslücke, die das Gebührenabmahnen nicht allein zum Schutz gegen unlauteren Wettbewerb, sondern hauptsächlich zum Gelderwerb der betreffenden Abmahnungsvereine ermöglicht, zu schließen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

26. Abgeordneter  
**Hauser (Krefeld)**  
(CDU/CSU)      Hat die Bundesregierung bei der Ablehnung von Anträgen zur Erhöhung der Pauschsätze für Verpflegungsmehraufwendungen auf Reisen ausreichend berücksichtigt, daß – wenn auch unter erschwerten Bedingungen – jeder Steuerpflichtige die Möglichkeit hat, anstelle von Pauschbeträgen die Verpflegungsmehraufwendungen bei Geschäftsreisen im Wege des Einzelnachweises geltend zu machen, so daß die steuerliche Wirkung die gleiche wäre wie bei einer angemessenen Erhöhung der Pauschbeträge, ja möglicherweise für den Fiskus noch ungünstiger würde, wenn infolge unrealistisch niedriger Pauschbeträge geradezu ein Zwang zur Anwendung des Einzelnachweises ausgeübt wird?
27. Abgeordneter  
**Hauser (Krefeld)**  
(CDU/CSU)      Wie vereinbart sich die Ablehnung durch den Bundesfinanzminister mit einer Erklärung des Bundesinnenministers gegenüber dem Deutschen Beamtenbund vom 5. Dezember 1980, daß die Tage- und Übernachtungsgelder des Bundesreisekostengesetzes (die mit den für die Wirtschaft geltenden Pauschbeträgen übereinstimmen) durch die seitherige Preisentwicklung wertmäßig abgesunken sind, und daß er diese Entwicklung zum Anlaß nehmen werde, im nächsten Jahr (also im Jahr 1981) eine angemessene Erhöhung anzustreben?
28. Abgeordneter  
**Louven**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß die Bundesregierung durch den Bundesfinanzminister einen Antrag der Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter- und Handelsmakler-Verbände (CDH), die seit mehr als drei Jahren unveränderten Pauschsätze für Verpflegungsmehraufwendungen auf der Reise anzuheben, abgelehnt hat, obwohl die Preise im Gaststättengewerbe inzwischen um mehr als 15 v. H. angestiegen sind, und wenn ja, womit begründet sie diese Ablehnung?

29. Abgeordneter  
**Louven**  
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß der Bundesfinanzminister in diesem Zusammenhang von einer „Entlastung“ gesprochen hat, obgleich die festgesetzten Pauschbeträge nicht eine steuerliche Vergünstigung, sondern lediglich eine sowohl im Interesse der Steuerpflichtigen als auch im Interesse der Steuerverwaltung liegende Möglichkeit zur vereinfachten Geltendmachung von Betriebsausgaben darstellt?
30. Abgeordnete  
**Frau Hürland**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Unterhaltszahlungen von ausländischen Steuerpflichtigen in der Bundesrepublik Deutschland an ihre minderbemittelten Angehörigen im Ausland nicht überprüfbar sind und daher auch mißbräuchlich als steuermindernd genutzt werden können?
31. Abgeordnete  
**Frau Hürland**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Steuergerechtigkeit zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern dadurch als gefährdet an, daß ausländischen Steuerpflichtigen diese Unterhaltsleistungen fast uneingeschränkt, da nicht kontrollierbar, steuerabzugsfähig anerkannt werden, während bei deutschen Steuerpflichtigen diese Unterhaltszahlungen — ebenso nachweispflichtig — aber, da im eigenen Land auch kontrollierbar, nur im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen steuermindernd zuerkannt werden?
32. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Welche Steuerzahler aus den gesellschaftlichen Gruppen (z. B. Journalisten) haben nach der jetzigen Steuergesetzgebung steuerfreie Pauschalen, für die auch Nachweise entfallen, und gibt es noch zusätzliche Sonderregelungen — und gegebenenfalls welche — für in Bonn akkreditierte Journalisten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

33. Abgeordneter  
**Poß**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wettbewerbs die von der Deutschen Shell für ihre letzte Benzinpreiserhöhung am 28. August 1981 gegebene Begründung, daß sie es sich nicht leisten könne, „wegen niedriger Preise leergekauft zu werden“?
34. Abgeordneter  
**Peter (Kassel)**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, im Zusammenwirken mit anderen Ländern, die Preisgestaltung der multinationalen Ölkonzerne auf dem Benzinmarkt zu kontrollieren?
35. Abgeordneter  
**Jungmann**  
(SPD) Wie hat die Bundesregierung geprüft, ob die rund 5 000 Kraftfahrzeuge, die seit Verhängung des UN-Waffenembargos 1977 aus der Bundesrepublik Deutschland an die südafrikanische Armee geliefert wurden, tatsächlich nicht für militärische Zwecke konstruiert oder von den Herstellerfirmen für diese Zwecke besonders tauglich gemacht wurden, z. B. durch spezielle Halterungen, infrarotabweisende Speziallackierungen, militärische Beleuchtung, Vorrichtungen für Mittelsitzbänke, schußsichere Reifen, schußsicheres Führerhausglas, Führerhausdachschießluke u. ä. m.?

36. Abgeordneter  
**Jungmann**  
(SPD)
- Mit welcher Begründung und rechtlichen Handhabe hat die Bundesregierung seinerzeit einen Antrag der Firma Magirus-Deutz, 10 000 nichtmilitärische Baustellenfahrzeuge in die UdSSR zu liefern, nur unter der Bedingung bewilligt, daß diese nicht mit Allradantrieb ausgestattet werden, und warum verzichtet sie auf eine Genehmigungspflicht z. B. für den Export der von Magirus-Deutz unter der firmeninternen Tarnbezeichnung „Projekt Schwalbe“ für militärische Zwecke entwickelten Fahrzeuge mit Allradantrieb, NATO-Kupplung, Tarnbeleuchtung und Speziallackierung nach Südafrika zu Händen der südafrikanischen Armee?
37. Abgeordnete  
**Frau Simonis**  
(SPD)
- Auf welche „geltenden international verabredeten Rechtsvorschriften“ nimmt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Frage von Frau Dr. Lepsius vom 24. Juli 1981 Bezug (Drucksache 9/722, Frage 17), und in welcher Weise rechtfertigen diese den Export von Fahrzeugen der Bundeswehr-Kategorie III (Wehrtechnik 11/78 Lkw tmil gl = teilmilitarisierte, geländegängige Kraftfahrzeuge), wie z. B. Unimogs mit Waffenhalterungen und Verstauekästen für Kfz-Ausstattungsätze, oder die Lieferung der von der Firma Magirus-Deutz in ihrer „Programmübersicht der Militärfahrzeuge“ aufgeführten Lkw der Typen 130 M 7 FAL und 192 D 12 AL nach Südafrika?
38. Abgeordneter  
**Meininghaus**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß angesichts der auch noch in den nächsten Jahren zu erwartenden Wettbewerbsverzerrungen in der Eisen- und Stahlindustrie — hervorgerufen durch die Milliardensubventionen, mit denen unsere EG-Nachbarn ihre Stahlindustrie am Leben erhalten — die von der Bundesregierung vorgesehene finanzielle Hilfe für die deutsche Stahlindustrie ausreicht, um deren Bestand zu sichern und die Probleme zu lösen?
39. Abgeordneter  
**Meininghaus**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß in Dortmund die Arbeitslosenquote inzwischen 9 v. H. beträgt und eine steigende Tendenz hat, nicht ebenfalls der Meinung, daß die von ihr vorgesehenen Hilfsmaßnahmen für notleidende Stahlstandorte hier dringend und baldmöglichst eingesetzt werden müssen, um Arbeitsplätze zu schaffen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

40. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit es durch größere Betriebe der Massentierhaltung zu einer Strukturveränderung im ländlichen Raum gekommen ist, und wie groß der Produktionsanteil bei Hühnern, Kälbern und Schweinen der Unternehmen ist, die nicht mehr als bäuerliche Betriebe anzusehen sind?

41. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)      Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Hühner von den Bauern in Bodenhaltung, Freilandhaltung und Käfigen gehalten werden, und inwieweit die Bauern Wettbewerbsnachteile gegenüber den Firmen haben, die die Hühner wie in einem Industriebetrieb erzeugen und halten?
42. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, daß, nachdem die deutsche Produktion bei Naßkonserven auf unter 15 v. H. des deutschen Bedarfs zurückgegangen ist, nun auch die Produktion von Sauerkonserven einem ruinösen Wettbewerb aus Ostblock-Dritt-ländern ausgesetzt ist, und was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der EG oder direkt zu unternehmen, um die Erzeugung deutscher Rohwaren für die Sauerkonservenherstellung zu schützen?
43. Abgeordneter  
**Susset**  
(CDU/CSU)      Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, daß die für den 30. September 1981 vorgesehene Abschaffung des Bardepots für Exporte nach Italien nun doch nicht erfolgt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die daraus entstehenden Exporterschwernisse der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft zu verhindern?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

44. Abgeordneter  
**Zeitler**  
(SPD)      Welchen Umfang hatte in den letzten Jahren die Preissteigerung für Arzneimittel, und in welchem Maße werden dadurch die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung beeinflusst?
45. Abgeordneter  
**Urbaniak**  
(SPD)      Wie hoch waren die Aufwendungen der gesetzlichen Krankenversicherung für ärztliche und zahnärztliche Leistungen, für Arzneimittel und Zahnersatz im Jahr 1980, und welche Tendenz zeichnet sich für 1981 ab?
46. Abgeordneter  
**Urbaniak**  
(SPD)      Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die Einkommen der niedergelassenen Ärzte, der Zahnärzte, der Krankenhausärzte und der Apotheker sind?
47. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit, bei ihren Bestrebungen, die Krankenkassen kostenmäßig zu entlasten, auch zu bewirken, daß medizinisch nicht begründete Schwangerschaftsabbrüche, die die Versichertengemeinschaft mit rund 300 Millionen DM belasten, nicht mehr erstattet werden?
48. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      In welcher Weise muß die Bundesregierung ihr bisheriges Konzept zur verfassungsrechtlich gebotenen Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung ändern, nachdem durch die Senkung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung von 18,5 auf 18 v. H. das dazu benötigte Geld fehlen wird?

49. Abgeordneter  
**Dr. Diederich**  
**(Berlin)**  
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung zur Forderung aus Kreisen der Tankstellenpächter, die Verkaufszeiten der Tankstellen an Wochenenden und Feiertagen durch Änderung des § 6 des Ladenschlußgesetzes einzuschränken?
50. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Däubler-**  
**Gmelin**  
(SPD) Trifft es zu, daß die Arbeiten an der Änderung von § 16 der Arbeitszeitordnung — zur Ermöglichung von Ausbildung und Beschäftigung von Frauen in Berufen des Bauhauptgewerbes, besonders als Zimmermann — soweit fortgeschritten sind, daß mit dem Inkrafttreten der geänderten Fassung in dieser Legislaturperiode gerechnet werden kann?
51. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß die Finanzierungsgrundlage des Altershilfegesetzes für Landwirte geändert werden soll, und wenn ja, in welcher Art?
52. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU) Welche Angaben kann die Bundesregierung darüber machen, inwieweit sich die sogenannte Alte Last im Rahmen der Altershilfe für Landwirte in einer Weise geändert hat, die eine Änderung der Finanzierungsgrundlage rechtfertigt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

53. Abgeordneter  
**Jung**  
**(Kandel)**  
(FDP) Trifft es zu, daß die Vereinigten Staaten von Amerika entgegen einer Zusage des damaligen US-Verteidigungsministers Brown anlässlich der Verhandlungen über das Projekt AWACS nun durch Gesetzesinitiative den Kauf militärischer Fahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von einigen 100 Millionen DM unterbinden will, und was gedenkt die Bundesregierung — für den Fall, daß dies zutrifft — zu tun, um die seinerzeit getroffene Kompensationsvereinbarung durchzusetzen?
54. Abgeordneter  
**Wimmer**  
**(Neuss)**  
(CDU/CSU) Ist nach den von der deutschen Luftwaffe bereits vor den verfügbaren Einschränkungen bei den Frühwarnsystemen „Nimrod“ und NATO-AWACS-E-3A wegen der Energieabstrahlungen durch in Betrieb befindliche Radaranlagen und ihre möglichen Auswirkungen auf begleitende oder sich nähernde Kampfmaschinen mit Waffenaußenlasten wegen der Folgen der Energieabstrahlungen auf die Gesamtelektronik dieser Flugzeuge mit weiteren Einschränkungen, die Konsequenzen für die Verteidigungsfähigkeit des Frühwarnsystems NATO-AWACS-E-3A durch eigenen Jagdschutz haben können, zu rechnen?
55. Abgeordneter  
**Wimmer**  
**(Neuss)**  
(CDU/CSU) Wurde die programmgemäß bei den in Deutschland umgerüsteten NATO-AWACS-E-3A-Flugzeugen vorgesehene Anpassung an die europäische Umwelt bereits vorgenommen, und welche Konsequenzen ergeben sich aus der bereits erfolgten oder nicht erfolgten Anpassung für den ab Februar 1982 vorgesehenen Einsatz von der Basis Geilenkirchen aus?

56. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD) Ist sich die Bundesregierung der negativen Folgen für Abiturienten des Sommers 1981 bewußt, die wegen der Kürzung der Einberufungsquote zur Bundeswehr um zehn Prozent durch einige Wehrbereichsverwaltungen und der Anordnung des Bundesverteidigungsministeriums, „für Ausfälle zum Einberufungstermin 1. Oktober 1981 keinen Ersatz zu stellen“, ihren Wehrdienst in diesem Jahr nicht mehr ableisten können und somit zeitlich und beruflich benachteiligt werden?
57. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die betroffenen Abiturienten, die nun keine Möglichkeit haben, ihren Wehrdienst ohne Zeitverlust gleich nach dem Abitur und vor Beginn ihrer Berufsausbildung abzuleisten, erst nach Vollendung der Ausbildung einzuberufen?
58. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung den Kommentar in dem Organ des Deutschen Bundeswehrverbands e. V. „Die Bundeswehr“ vom Juli 1981, in dem es u. a. heißt, „In Zeiten voller Bundeswehrkassen war es für die Bundeswehrführer verhältnismäßig leicht, dem Primat der Politik zu folgen. Es gab kaum Reibungspunkte, weil die Offiziere mit gutem Material ihren Sachaufgaben gerecht werden konnten. Was aber passiert, wenn in Zukunft das richtige Material fehlt und die Soldaten, vom Generalinspekteur bis zum kleinen Einheitsführer hinab, trotzdem den Eindruck einer funktionierenden Bundeswehr erwecken sollen? Eine solche Situation führt automatisch zu einem Konflikt zwischen Loyalität zur Politik und der Effektivität der Bundeswehr.“?
59. Abgeordneter  
**Sielaff**  
(SPD) Inwiefern entspricht der Bericht der Frankfurter Rundschau vom 10. September 1981 unter der Überschrift „Kinder sollen Bundeswehr schätzen lernen“ den Tatsachen, wonach der Bundesverteidigungsminister die Kultusminister der Länder aufgefordert haben soll, Vorschläge zu erarbeiten, wie im Geschichts-, Sozialkunde- sowie im Religionsunterricht das Thema Bundeswehr und Friedenssicherung intensiver behandelt werden könne?
60. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD) Trifft es zu, daß der langjährige Vorsitzende des Prüfungsausschusses für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehrrersatzamt Ravensburg Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Volksgerichtshof war und an mindestens 50 Todesurteilen mitgewirkt hat?
61. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD) Hält die Bundesregierung einen Richter mit einer derartigen Vergangenheit für geeignet, als Vorsitzender eines Prüfungsausschusses für Kriegsdienstverweigerer über Gewissensgründe junger Menschen zu entscheiden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Jugend, Familie und Gesundheit**

62. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)      Wieviel Geld gibt die Bundesregierung gegen den Alkoholmißbrauch aus, und wieviel gibt sie mehr aus seit der letzten Brantweinsteuererhöhung?
63. Abgeordnete  
**Frau  
Simonis**  
(SPD)      Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Mitte Juli vorgelegten Studie (Bremer Institut für Präventionsforschung und soziale Medizin) ziehen, nach der von 600 untersuchten sogenannten umsatzstarken Herzmitteln nur ca. 200 überhaupt wirksam sind, und warum sind diese angeblich unwirksamen Mittel bei den entsprechend dem Arzneimittelgesetz vorgeschriebenen Prüfungen im Bundesgesundheitsamt bisher nicht negativ aufgefallen?
64. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)      Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die deutschen Verbraucher vor grober Täuschung zu schützen, wenn unter Etiketten einer deutschen Firma Waren aus Ostblockproduktion verkauft werden, und könnte die Bundesregierung sich vorstellen, bei einer Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung mit der Auflage „hergestellt in . . .“ dem Anliegen der Verbraucher Rechnung zu tragen?
65. Abgeordneter  
**Müller**  
(Schweinfurt)  
(SPD)      Bedeutet die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg, wonach die in einem Mitgliedstaat der EG legal hergestellten Lebensmittel, wenn sie nicht gesundheitsschädlich sind, bei entsprechender Deklaration in anderen Mitgliedstaaten zugelassen werden müssen, daß zukünftig Biere, die nicht dem deutschen Reinheitsgebot entsprechen, auch in der Bundesrepublik Deutschland angeboten werden dürfen?
66. Abgeordneter  
**Müller**  
(Schweinfurt)  
(SPD)      Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Täuschung des Verbrauchers über die Herstellungsweise des ihm angebotenen Biers auszuschließen?
67. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)      Wie viele deutsche Staatsbürger sind in den einzelnen Jahren seit 1970 aus der Bundesrepublik Deutschland in welche Staaten ausgewandert mit dem Ziel, den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen ins Ausland zu verlegen, und wie viele von ihnen sind wieder zurückgekehrt?
68. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU)      Gibt es eine Erfassung der Motive für die Auswanderer, und wenn ja, welche Motive werden von den Auswanderern angegeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

69. Abgeordneter  
**Tietjen**  
(SPD)      Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Danziger Bucht aus Gründen der Wasserverschmutzung Badeverbot besteht und dort keinerlei Fischbestände zu verzeichnen sind, und ist nicht eine Ausdehnung der Verschmutzung auf weitere Bereiche der Ostsee zu befürchten?

70. Abgeordneter  
**Tietjen**  
(SPD)      Sieht die Bundesregierung die Gefahr einer Verschmutzung weiterer Bereiche der Ostsee, wenn sich das Gerücht bestätigen sollte, die Verschmutzung der Danziger Bucht sei durch ein untergegangenes atomgetriebenes sowjetisches U-Boot entstanden?
71. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Aus welchen Gründen war es der Bundesregierung bisher nicht möglich, den ihr seit 1976 bekanntgewordenen Einzelfall, in dem Luftfahrzeuge von Staaten des Warschauer Pakts die über dem Bundesgebiet vorgeschriebenen Flugrouten verlassen haben, restlos aufzuklären (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 11. August 1981, Drucksache 9/730), und muß daraus geschlossen werden, daß sich die Prüfung des von mir in meiner schriftlichen Anfrage (Drucksache 9/672, Frage 124) angesprochenen Falls u. U. auch über Jahre erstrecken kann?
72. Abgeordneter  
**Dr. Mertens**  
(Bottrop)  
(SPD)      Bleibt der Bundesverkehrsminister betr. die S-Bahn bei seiner Meinung, erst dann den neuen Ausbauträgen zuzustimmen, wenn wesentliche Fortschritte bei den begonnenen Maßnahmen erreicht sind, oder ist er bereit, in Anerkennung der Notwendigkeit des Baus der S-Bahn Essen – Bottrop – Gladbeck und angesichts der unzureichenden Anbindung der Emscherzone an die Oberzentren der Hellwegzone, schon heute den Abschluß eines Ausbauträgs zu unterstützen?
73. Abgeordneter  
**Dr. Mertens**  
(Bottrop)  
(SPD)      Ist der Bundesverkehrsminister bereit, für den Fall, daß ein solcher Vertrag kurzfristig nicht zustande kommt, den betreffenden Gemeinden bei der Freihaltung der Trasse für die S-Bahn finanzielle Unterstützung zu geben und besondere Mittel für den vorzeitigen Grunderwerb bereitzustellen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen**

74. Abgeordneter  
**Echternach**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bereitschaft vieler Deutscher, Lebensmittelpakete nach Polen zu schicken, durch die sehr hohen Portokosten beeinträchtigt wird, und ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundespost einzuwirken, daß die Portokosten für Pakete nach Polen vorübergehend mindestens um den Betrag gesenkt werden, den die Deutsche Bundespost anteilig erhält?
75. Abgeordneter  
**Linsmeier**  
(CDU/CSU)      Wie hoch sind die Selbstkosten der Deutschen Bundespost bei der Heimtelefonanlage (HTA) (mit zwei Sprechapparaten), und wie erwirtschaften sich die Wartungskosten – auf zwölf Jahre berechnet – bei der Einmalgebühr von 1070 DM?
76. Abgeordneter  
**Linsmeier**  
(CDU/CSU)      Welche Kosten haben die Werbemaßnahmen der Deutschen Bundespost bezüglich der HTA bisher verursacht, und mit welchem Betrag haben sich diese Kosten in der Kalkulation der Einzelgebühren der HTA niedergeschlagen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

77. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, was eine Kosten-Nutzen-„Steuerrechnung“ für die im Jahr 1980 neuerbauten Wohnungen ergibt, d. h., welcher steuerliche Nachlaß (Abschreibung, Zuschüsse zum Sozialen Wohnungsbau etc.) steht der erzielten Lohn-, Einkommen- und Mehrwertsteuer sowie den anteiligen Sozialabgaben (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeraufwand) gegenüber?
78. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie viele Arbeitnehmer im Wohnungsbau durchschnittlich pro 100 000 DM auf der Lohnbasis 1980 beschäftigt waren?
79. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Wieviel Gesetze und Verordnungen des Bundes hat eine Baugenehmigungsbehörde bei der Bearbeitung eines Bauantrags zu beachten?
80. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten bzw. ist sie gegebenenfalls bereit, diese Gesetze und Verordnungen mit dem Ziel einer Vereinfachung und Entbürokratisierung zu überprüfen?
81. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU) Wie sind seit 1969 die Grundstückspreise für Bauland, die Baukosten und die Zinsen gestiegen?
82. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU) Wie wirkt sich eine Zinserhöhung bzw. Senkung von jeweils 1 v. H. auf die Mietkosten für Wohnungen pro Quadratmeter aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Forschung und Technologie**

83. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Waren die beiden Bremer Wissenschaftler Prof. Dr. Björn Bleck-Neuhaus und Dr. Klaus Bätjer, die am 3. September 1981 vom Landgericht München I verurteilt wurden, Behauptungen über eine angebliche schlechte Qualität von im Kernkraftwerk Grafenrheinfeld eingebauten Armaturen zu unterlassen und zu widerrufen, mittelbar oder unmittelbar an Forschungsaufträgen, z. B. für Gutachten vom BMFT und/oder BMI, beteiligt?
84. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Wenn ja, auf welche Fachgebiete haben sich diese Arbeiten bezogen, und wie hoch waren die dafür aufgewendeten Haushaltsmittel?
85. Abgeordneter  
**Herberholz**  
(SPD) Wird im Zusammenhang mit der Förderung der Entwicklung neuer biotechnologischer Verfahrensschritte zum Aufschluß und zur Fermentation verschiedener pflanzlicher Ausgangsprodukte (Kapitel 30 03, Titel 68 32 7) durch den Bundesforschungsminister auch Tapioka untersucht, oder geht die Bundesregierung davon aus, daß bereits heute die deutsche Wirtschaft über das technische Know-how verfügt, Äthanol aus Tapioka gewinnbringend industriell herzustellen?

86. Abgeordneter  
**Herberholz**  
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, eine andere Haltung in der Frage des Exports von Kernenergie-Technologie in andere Länder (z. B. Brasilien) einzunehmen, nachdem am Lawrence Livermore Laboratory in Kalifornien ein Verfahren zur Laser-Isotopentrennung, das eine vereinfachte Reinigung von Plutonium 240 und damit die vereinfachte Herstellung von in Atomwaffen verwendbaren Materials ermöglicht, entwickelt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Bildung und Wissenschaft**

87. Abgeordneter  
**Catenhusen**  
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, für das zum 31. Dezember 1981 auslaufende Graduiertenförderungsgesetz eine neue gesetzliche Regelung zur Förderung Graduiertes folgen zu lassen, und wenn ja, in welcher Form und mit welchem finanziellen Volumen?
88. Abgeordneter  
**Catenhusen**  
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung in jedem Fall sicherzustellen, daß alle nach dem bisherigen Graduiertenförderungsgesetz Geförderten, die ihre Arbeit nicht bis zum 31. Dezember 1981 abschließen werden, da ihr Förderungszeitraum erst nach dem 1. Januar 1980 begann, ihre begonnenen Arbeiten nicht abbrechen müssen, sondern in dem vorgesehenen Rahmen von insgesamt zwei Jahren abschließen können?
89. Abgeordneter  
**Müller**  
(Wesseling)  
(CDU/CSU)
- Mit welchem Ergebnis wurde der 1974 erteilte Auftrag zur Erstellung eines Vorschlags für eine bundeseinheitliche Regelung des Bildungsurlaubs von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung bearbeitet?
90. Abgeordneter  
**Müller**  
(Wesseling)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, sich für ein bundeseinheitliches Bildungsurlaubsgesetz einzusetzen, und wenn ja, wann wird sie hierzu geeignete Schritte einleiten?

Bonn, den 11. September 1981

